

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1901

7.3.1901 (No. 65)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 7. März.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.
No. 65. Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1901.

Entstellungen.

Der „Süddeutschen Reichskorrespondenz“ wird aus Berlin geschrieben:

Es ist kürzlich darauf hingewiesen worden, wie gut die freiwillige Mitarbeit der inländischen Verkleinerer unserer auswärtigen Politik sich den naturgemäß nicht gerade auf Deutschlands Vorteil berechneten Plänen russischer Staatsmänner einfügt. Das Gräßliche und Spießbüchse über angeblich begangene deutsche Fehler, die breite Darlegung eingebildeter Schwächen unserer internationalen Stellung müssen schließlich auch bei wohlgefinnten Ausländern die Vorstellung erwecken, als befände sich das mächtige Deutsche Reich in einem Zustand innerer und äußerer Unsicherheit, aus dem das Ausland für seine eigenen Interessen Kapital schlagen könnte. Als Beispiel solcher Ausnutzung unaufrichtiger deutscher Selbstanklagen für fremde Interessen sei ein Artikel der römischen „Patria“ erwähnt, eines durchaus dreifundfreundlichen Blattes, dessen Berliner Korrespondent aus unseren Presseheften folgende Eindrücke gewonnen hat: Die innere, wie die äußere Lage Deutschlands sei so schwierig geworden, daß die italienische Regierung die günstigen Umstände benutzen müsse, um uns die Freundschaft Italiens und die Fortdauer des Bündnisses möglichst theuer zu verkaufen. Zwar verjuche die deutsche Politik im Widerspruch mit der öffentlichen Meinung den Weg für eine Annäherung an England offen zu halten. Es sei aber fraglich, ob es nicht weit eher Rußland gelingen werde, England an sich zu ziehen. — Rußland, dessen ganze Politik darauf gerichtet sei, Deutschland zu isolieren.

Schiefe, aber doch nicht grundsätzliche Behauptungen, wie diese eines deutschfreundlichen Italiener, der unsere politische Hypochondrie mit ihren Zerwürfen ernst nimmt und der italienischen Diplomatie den Rath gibt, die anti-englische Strömung im Reich nach russischem Vorbild unter die Passiva Deutschlands einzustellen, werden wir aus dem befreundeten Ausland noch weiter zu hören bekommen, solange gerade unsere nationalen Blätter im vollen Widerspruch mit den Thatfachen, uns bald zu Schutzbeschlüssen Englands, bald zu politischen Schuldner Rußlands herabwürdigend. Ginge es nach dem Willen einiger Janatiker, so kämen wir freilich leicht in die Gefahr, unsere Unabhängigkeit preisgeben zu müssen. Noch heute ist, wie zu Bismarck's Zeiten, ein Deutschland mit zerrütteten englischen Beziehungen für Italien ein Staat von fundendem Bündnißwerth, für Rußland ein Gegenstand verminderter Rücksichtnahme. Der große Kanzler war aber nie ein Anti-Engländer nach dem Herzen deren, die seinen Namen für ihre Gefühlspolitik mißbrauchen. Eher könnte ihm eine anglophile Grundrichtung zugespochen werden, wenn man die Gedanken zu Rathe zieht, die als Leitmotive seines amtlichen praktischen Schaffens in den Akten von ihm niedergelegt sind, nicht die Drohen, die er gelegentlich aus tatsächlichen Rücksichten diesen oder jenen Kampfhahn hat ausschlagen lassen.

Die soziale Lage der Pforzheimer Bijouteriearbeiter.

Die soziale Berichterstattung gehört zu den natürlichen Aufgaben der Gewerbeaufsichtsbeamten. Aus diesem Grunde haben ihre Jahresberichte auch Mittheilungen über die wirtschaftlichen und sittlichen Verhältnisse der Arbeiter zu enthalten. Infolgedessen hat man sich in Deutschland auch daran gewöhnt, die Kenntniß der sozialen Verhältnisse der Arbeiter durch die Jahresberichte der Fabrikinspektoren vermittelt zu erhalten. Dabei bringt es aber die Beschränkung des Raumes mit sich, daß nur einzelne auffällige Erscheinungen in den Bericht Aufnahme finden können. Am mangelhaftesten sind die Kenntniß der Aufsichtsbeamten über den Ernährungszustand der Arbeiterbevölkerung, über die Frage, ob er genügt, ob er sich gehoben hat u. s. w. Die Verantwortung solcher Fragen kann nur ein eingehendes Studium der Ernährung vieler einzelner Familien ermöglichen, wozu die neben den Revisionen hergehenden gelegentlichen Wahrnehmungen aber nicht befähigen. Oberflächlich müßte auch ein Urtheil über die Wohnungsverhältnisse ausfallen, wenn es sich lediglich auf die gelegentliche Besichtigung einiger Arbeiterwohnungen, einseitige Angaben über Mietthöhe stützen wollte. Ebenso verhält es sich mit der Beurtheilung der sittlichen Zustände der Arbeiter. So kommt es, daß der Abschnitt der Jahresberichte, welcher sich mit den wichtigsten Dingen beschäftigen soll, fast nur eine Sammlung

einzelner, oft wenig zusammenhängender Erscheinungen auf dem Gebiete der wirtschaftlichen und sittlichen Zustände der Arbeiterbevölkerung enthält, die an sich nicht ohne Interesse sein mögen, aber durchaus kein Gesamtbild über diese Seite der Arbeiterverhältnisse geben. Was aber innerhalb des Rahmens der vorgezeichneten Berichterstattung nicht möglich ist, läßt sich verwickelnd durch Einzeldarstellungen. Die Arbeiter haben Verständnis für solche Arbeiten, von denen sie eine weitere Verbesserung ihrer Lage erwarten. Der Aufsichtsbeamte gewinnt sich dadurch das Vertrauen der Arbeiter, auf dem die Wirksamkeit seiner Thätigkeit großentheils beruht. Aus diesen Erwägungen heraus sind schon die beiden Bearbeitungen der sozialen Lage der Cigarrenarbeiter im Großherzogthum Baden und der Fabrikarbeiter von Mannheim und Umgegend durch den Vorstand der Badischen Fabrikinspektion entstanden. Das Groß. Ministerium des Innern hat deshalb auch die Vornahme einer Untersuchung über die soziale Lage der Pforzheimer Bijouteriearbeiter gebilligt und dadurch wesentlich gefördert, daß die in Betracht kommenden Behörden auch ihre volle Mitwirkung eintreten ließen. Während von den genannten Darstellungen sich die erstere auf eine spezielle Industrie von großer örtlicher Ausdehnung bezieht, beschränkt sich die zweite auf ein einheitliches, eng begrenztes Wirtschaftsgebiet, aber von höchst mannigfaltiger Industriezweigung. Die Darstellung der sozialen Lage der Pforzheimer Bijouteriearbeiter behandelt die Verhältnisse sowohl eines einheitlichen und eng begrenzten Wirtschaftsgebietes als auch einer einheitlichen Industrie.

Wohl nirgends in Baden sind die wirtschaftlichen Verhältnisse eines Bezirkes so sehr von einer einzigen Erwerbsquelle abhängig wie diejenigen von Pforzheim und Umgegend von der Bijouterie; keine größere Industrie ist auf einen kleinen Gebietstheil so ausschließlich begrenzt wie die Schmuckwaarenfabrikation Badens. Die gesammte fabrikmäßige Produktion vollzieht sich, einzelne verschwindende Ausnahmen abgerechnet, in der Stadt Pforzheim selbst. Die Arbeiter setzen sich fast ausschließlich aus den Bewohnern von Pforzheim und nächster Umgebung zusammen. In diesem Industriegebiet fällt die Beeinflussung von Lebensweise und Anschauungen der Bijouteriearbeiter durch andere Arbeitergruppen fort, weil erstere das Uebergewicht haben. Man findet vielmehr umgekehrt die Löhne, Lebensweise, Arbeitsformen in den anderen Betrieben des Bezirks in hohem Grade abhängig von der Hauptindustrie, auch da, wo es keine Hilfsindustrien sind, wie die Etnisfabrikation, mechanischen Werkstätten und dergleichen. Ueberall steigen und fallen die Löhne mit denen in der Bijouteriebranche. Die Pforzheimer Arbeiterverhältnisse sind deshalb vorwiegend ein Produkt dieser einen Industrie, nur beeinflusst vom Ackerbau, mit dem die Arbeiter zum Theil noch zusammenhängen. Eine weitere Eigenthümlichkeit ist der saisonartige Charakter der Schmuckwaarenindustrie, welcher auf die Lage der Arbeitererschaft in vieler Beziehung nachtheilig wirkt. Nicht minder ist die ausgebreitete Beschäftigung der weiblichen Arbeiter von großem Nachtheil. Durch die Konzentration der Frauenarbeit treten deren sittliche Schäden in Pforzheim scharfer hervor als anderwärts. Die Bijouteriearbeiter sind gut qualifizirt; selbst die weiblichen sind gelernte Kräfte. In dieser Hinsicht übertreffen sie auch die Mannheimer Arbeiter in ihrer Gesammtheit. Diese Eigenthümlichkeiten, welche übrigens nicht die einzigen sind, rechtfertigen eine eingehendere Darstellung dieser Gruppe umso mehr, als es sich um die drittgrößte Industrie Badens handelt (sie folgt an Arbeiterzahl den Cigarren- und Textilarbeitern).

Die Erhebungen über die soziale Lage der Pforzheimer Bijouteriearbeiter konnten nur durch ein ungewöhnlich großes und, wie der Groß. Fabrikinspektor Fuchs feststellt, aber aus dankenswerthes Entgegenkommen der Industriellen zu Stande kommen. Diese zeigten sich mit wenigen Ausnahmen zur Verantwortung besonderer statistischer Erhebungsbogen bereit. Viele fertigten zeitraubende Auszüge aus den Lohnbüchern und machten ausführliche Angaben über die Personallisten ihrer Arbeiter. Sämmtliche Eindrücke zahlreicher Arbeiter geschahen in besonders zu diesem Zwecke von den Fabriken zur Verfügung gestellten Räumen. Nirgends wurde gegen die Wünsche des Fabrikinspektors auch nur das geringste Vorurtheil verlaubar; bereitwillig wurde jede Auskunft erteilt. Nicht minder erfreulich war das Interesse, das die Arbeiter an der Erhebung nahmen, die einzelnen wie ganze Korporationen. Der vom Herrn Fabrikinspektor

(Mit einer Beilage.)

Fuchs an das Groß. Ministerium des Innern erstattete, von der Fabrikinspektion herausgegebene Bericht über das Ergebniß der Erhebungen ist soeben zur Ausgabe gelangt.

Deutscher Reichstag.

Der Reichskanzler über die auswärtige Lage.
(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

* Berlin, 5. März.

Reichskanzler Graf v. Bülow: Der Abg. Schäbler hat die Reise des Kaisers nach England zur Sprache gebracht. Ich habe schon heute früh in den Morgenzeitungen gelesen, daß hierüber eine große Rede von mir zu erwarten wäre. (Heiterkeit.) Ich werde mich aber auf einige nicht zu lange und vor allem ganz sachliche Ausführungen beschränken. Der Besuch des Kaisers in England war zunächst weder ein politischer noch ein höfischer, sondern nur rein menschlicher Akt. Einem menschlichen, und wie der Abg. Schäbler mit Recht hervorgehoben hat, einem edlen Zuge seines Herzens folgend ist der Kaiser an das Sterbelager der vereinigten Königin von England getreten, und er hat sie zur letzten Ruhe geleiten wollen. Wie lange der Enkel am Sterbebette seiner Großmutter weilen sollte und ob er ihrer Beisetzung beizuwohnen habe oder nicht, das war ausschließlich eine Gefühlsfrage und darüber hatte nur das Empfinden des Kaisers zu entscheiden. (Sehr richtig!) Daß das englische Königs- und das englische Volk den in einem für England traurigen und schmerzlichen Augenblick erfolgten Besuch des Kaisers mit warmer Dankbarkeit aufgenommen haben und daß beide dieser Dankbarkeit auch öffentlichen und lebhaften Ausdruck gegeben haben — ja, das war doch erklärlich und begreiflich und das war ganz in Ordnung. Wenn über solche rein menschliche Empfindungsweise hinaus bei diesem Anlaß in England der Wunsch hervor getreten ist, friedliche und freundliche Beziehungen zu Deutschland zu pflegen, so liegt politisch kein Anlaß vor, das übel zu nehmen. (Heiterkeit links.) Auch können wir wünschen, daß Deutschland und England beschieden sein möge, in Frieden und für den Frieden zusammen zu wirken. Selbstverständlich ist volle und dauernde Gleichberechtigung zwischen dem deutschen und englischen Volke die *conditio sine qua non* eines Zusammenwirkens zwischen beiden Ländern. Das habe ich schon vor zwei Monaten gesagt, und das wiederhole ich heute. In unserm Verhältnis zu England hat sich politisch nichts geändert, seitdem — ich glaube, es war Mitte Dezember — ich von dieser Stelle erklärte, daß wir gern bereit wären, auf der Basis gegenseitiger Rücksichtnahme und absoluter Parität mit England in Frieden, Freundschaft und Entzucht zu leben. Wenn also der Kaiser durch seinen Aufenthalt in England die Bahn freige macht hat für die Fortsetzung eines solchen normalen und guten Verhältnisses zwischen Deutschland und England, so ist das für beide Länder und für den Weltfrieden nur nützlich. Gewiß bestehen, wie der Abg. Schäbler soeben bemerkt hat, zwischen Deutschland und England manche Reibungsflächen, aber zwischen beiden auch viele und notwendige Berührungspunkte. Beide Länder stehen in vielfacher Berührung, die sie auf gute Nachbarschaft hinweist. Es ist kein politischer Grund vorhanden, warum wir die Beziehungen zu England nicht ebenso sorgsam pflegen sollten, wie dies andere Mächte thun. Was nun den von dem Abg. Schäbler auch berührten Thronwechsel in England angeht, so ist durch diesen Thronwechsel in den Beziehungen zwischen Deutschland und England nichts geändert worden. (Sehr gut.) Es hat vielleicht Leute gegeben, die gehofft haben, daß dieser Thronwechsel eine ungünstige Rückwirkung ausüben würde auf die deutsch-englischen Beziehungen. Diese Erwartungen haben sich nicht erfüllt, und auch das ist nützlich für das Verhältnis zwischen beiden Ländern, und es ist nützlich für die allgemeine Ruhe. Der Abg. Schäbler hat weiter angedeutet, daß der Besuch des Kaisers — oder er hat es, glaube ich, expressis verbis gesagt — in England in Widerspruch stände mit der neutralen Haltung, welche wir gegenüber den südafrikanischen Wirren einnehmen, und ich habe auch in der letzten Zeit häufig Parallelen gelesen zwischen dem Besuch des Kaisers in England und dem Nichtempfang des Präsidenten Krüger. (Sehr richtig!) Diese Parallelen sind nicht zutreffend; denn die projektirte Reise des Herrn Präsidenten Krüger nach Berlin verfolgte ausgesprochenweise den Zweck, uns in ungewöhnlicher Form zur Einmischung in die südafrikanischen Wirren zu nöthigen, während der Besuch des Kaisers in England mit dem südafrikanischen Kriege nichts zu thun hatte. Gewiß sind dem Kaiser in England Aufmerksamkeit erwiesen worden, ich bestreite aber auf's allerentschiedenste, daß der Kaiser irgendwie dem Wohl des Landes zuwider gehandelt hätte, indem er solche Aufmerksamkeit entgegennahm und solche Aufmerksamkeiten erwiderte. Was die Verlethung des Schwarzen Adlerordens an Lord Roberts angeht, so hat der Abg. Schäbler selbst eingeräumt, daß es lediglich Sache des Königs von Preußen ist, zu bestimmen, ob und wenn er einen preussischen Orden verleihen will. Es handelt sich da um ein verfassungsmäßiges Recht der Krone, um ein, wenn ich nicht irre, nach Artikel 50 der preussischen Verfassung begründetes persönliches Ehrenrecht der Krone. Im übrigen ist Lord Roberts keine politische Persönlichkeit, und die ihm erwiesene Ordensauszeichnung hatte keine politische Bedeutung. (Bewegung.) Der Abg. Schäbler ist auch zu sprechen gekommen auf unsere Beziehungen zu Rußland, und er hat dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß ich den Draht nach Rußland sorgsam pflegen möge. Ich glaube, daß es kaum einen Rath gibt, zu dem mir gegenüber weniger Veranlassung vorläge. Ich bin davon durchdrungen, daß es eine der vornehmsten Aufgaben unserer Politik ist, zu Rußland die freundschaftlichsten Beziehungen zu pflegen (Beifall rechts), und darüber habe ich niemals einen Zweifel gelassen, weder in meinen Auslassungen vor diesem hohen Hause, noch ganz besonders in meinem tatsächlichen Verhalten. Ich bin davon durchdrungen, daß die

deutschen Interessen und die russischen Interessen in den meisten Punkten Seite an Seite gehen (sehr richtig! rechts), und daß es keinen Punkt gibt, wo bei gegenseitigem guten Willen die deutschen und die russischen Interessen sich zu durchkreuzen brauchen. (Bravo! rechts.) Große und gewichtige Interessen verbinden diese beiden Reiche, die — ich habe das schon einmal gesagt — durch keinen wesentlichen, keinen tiefer gehenden und ganz besonders durch keinen einzigen unüberbrückbaren Gegensatz getrennt sind. Aber, meine Herren, auch in dieser Richtung verlangen wir volle Gleichheit. (Sehr richtig! rechts.) Deutschland ist nicht mehr auf das Ausland angewiesen als das Ausland auf uns (lebhafter Beifall rechts und links), weder in politischer noch in wirtschaftlicher Beziehung. (Sehr richtig! Beifall.) Von zwei Seiten ist ein Artikel zur Sprache gebracht worden, der in einer russischen Zeitung erschienen ist und der sich beschäftigt mit unserer zukünftigen Zolltarifvorlage und mit der Rückwirkung dieser Vorlage auf die deutsch-russischen Handelsbeziehungen. Was die in diesem Artikel enthaltenen und von dem Herrn Abg. Schäbler unterstrichenen persönlichen Liebenswürdigkeiten für mich angeht, so werde ich selbstverständlich auf dieselben nicht reagieren (Beifall), theils weil ich daran festhalte, daß es sich im allgemeinen empfiehlt, Meinungsverschiedenheiten zwischen befreundeten Regierungen auf diplomatischem und nicht auf publizistischem Wege auszutragen (lebhafter Beifall), theils aber auch, weil ich mir zur Ehre anrechne, wenn ich vom Ausland angegriffen werde (Beifall; sehr gut!), weil mir allerdings die deutsche Landwirtschaft nicht eine quantité négligeable ist. (Beifall rechts.) Sachlich möchte ich über diesen Artikel folgendes sagen. Wir wissen alle, daß auch ökonomische Beziehungen zwischen großen Ländern erprießliche nur sein können auf der Basis gegenseitigen Entgegenkommens. Aber jede Regierung hat das Recht und jede Regierung hat die Pflicht, sorgsam abzuwägen, wie weit sie gehen kann in Konzessionen, ohne die Interessen des eigenen Landes zu schädigen. (Sehr richtig!) Wenn wir die Interessen des eigenen Landes wahrnehmen, wenn wir diese Interessen mit Nachdruck vertreten und schützen, so liegt darin noch keine feindselige Gesinnung gegen bisherige (sehr richtig! rechts), und wie ich hoffe, auch zukünftige Handelsfreunde. Es liegt darin kein Akt der Feindseligkeit gegen befreundete Mächte, und wir halten an der Hoffnung fest, daß es möglich sein wird, auch in dieser Beziehung zu einer Verständigung zu kommen. Aber, meine Herren, ich habe es schon einmal gesagt, die Basis kann immer nur die Reziprozität sein und die volle Unabhängigkeit unseres eigenen Landes. (Beifall rechts.) Wenn je von irgend einer Seite, sei es aus dem Süden, sei es aus dem Norden, sei es von Westen, sei es von Osten, uns zugemutet werden sollte, irgend einer fremden Macht, wer sie auch sei, unter allen Umständen, in allen Lagen, ohne Unterchied noch Kritik zu folgen, so würde das nicht mehr Freundschaft sein, sondern das wäre Vasallenthum. (Lebhaftes sehr richtig!) Und da würden wir uns erinnern an das Wort, was einmal Friedrich der Große an einen seiner Gesandten schrieb: „Ich werde mir ein Vergnügen daraus machen,“ schrieb der große König, „der Freund meiner Nachbarn zu sein, aber so lange meine Augen offen sind, werde ich nicht ihr Diener sein.“ (Beifall.) Es wird aber Niemand versuchen, uns eine solche Vasallenpolitik aufzuzwingen, wenn wir uns nur selbst treu bleiben. (Lebhafter Beifall.) Meine Herren, unsere auswärtige Politik wird heute wie früher weder durch Liebe noch durch Haß, weder durch dynastische Rücksichten, noch durch verwandtschaftliche Beziehungen bestimmt, sondern lediglich durch das ruhige und nüchtern erwogene Staatsinteresse. (Beifall.) Unsere auswärtige Politik wird nicht bestimmt durch verwandtschaftliche Beziehungen. Große Fürsten haben in der Politik keine Verwandten, hat derselbe Friedrich II. gesagt, und dieses Wort, das ebenso sehr den Anforderungen einer nüchternen und vernünftigen Politik entspricht wie den Pflichten, die der Fürst über ein großes Land gegenüber seinem Volk hat, das ist heute grade so zutreffend wie vor 150 Jahren. Man kennt Seine Majestät den Kaiser Wilhelm sehr wenig, wenn man glaubt, daß für seine Haltung andere Motive maßgebend sind als die gewissenhafteste Fürsorge für die Wohlfahrt des Reichs, für die Sicherheit und die Zukunft des Reichs. Und ich darf hinzufügen, man würde mich sehr falsch taxieren, wenn man glaubte, daß ich für eine andere Politik zu haben wäre als für eine nationale deutsche Realpolitik, die ich dahin resumiere: gute und freundschaftliche Beziehungen zu allen Mächten, die in Frieden und Freundschaft mit uns leben wollen, aber volle Aufrechterhaltung unserer politischen und wirtschaftlichen Selbständigkeit und Unabhängigkeit, auf welche das deutsche Volk durch seine Kämpfe, seine Kulturhöhe ein unveräußerliches Anrecht hat. (Beifall.)

Abg. Debour (Soz.) bezeichnet die Rede des Reichskanzlers als ganz weislos und kommt auf die sogenannten Hunnenbriefe, Cecil Rhodes und Anberes zu sprechen.

Abg. Wasser mann (nat.-lib.) bemerkt, die Grundlage der Abstimmung liege wohl darin, daß man immer vermuthet, wir kämen bei den Abmachungen mit England zu kurz. Die Rede des Reichskanzlers habe den Nebel zerstreut, daß mit England feste Abmachungen getroffen wären, deren Spitze gegen Rußland gerichtet sei. Die Nationalliberalen vertrauen, daß sich unsere auswärtige Politik nur von den deutschen Interessen leiten läßt, ohne sich von Einwirkungen beeinflussen zu lassen.

Abg. Richter (freif. Volksp.) kommt auf die Ordensverleihung an Lord Roberts und unser Verhältnis zu Rußland zurück. Er wirft dem Reichskanzler vor, daß seine letzten programmatischen Erklärungen das Interesse an der Aufrechterhaltung der internationalen und wirtschaftlichen Beziehungen nicht genug wahrgenommen habe.

Abg. Liebermann (Reformp.) behauptet, Deutschland habe seine Neutralität den Buren gegenüber nicht gewahrt. Wenn den Buren die Bewunderung der ganzen Welt zuteil werde, so habe der Engländer das Gerücht der Weltgeschichte. Hell und Sieg den Buren, den Engländern niederdeutsche Diebe!

Reichskanzler Graf Bülow: Der Herr Abg. Richter hat am Schluß seiner Ausführung der Ansicht Ausdruck gegeben, daß ich die Interessen von Industrie und Handel und die Interessen der Konsumenten nicht genügend wahrnehme. Ich glaube, daß ich weder in der von mir verfolgten Politik noch in meinen Auslassungen Grund zu diesem Vorwurf gegeben habe. Wenn ich meine handelspolitischen Anschauungen, mein handelspolitisches Credo hier ganz kurz resumieren soll gegenüber dem Vorwurf des Herrn Abg. Richter, so kann ich nur wiederholen, was ich bereits im preussischen Abgeordnetenhaus gesagt habe: Meines Erachtens hat die Regierung in erster Linie die Pflicht, die gesammten wirtschaftlichen Interessen des Landes in Betracht zu ziehen. Je mehr ihr das gelingt, um so besser wird ihre Wirtschaftspolitik sein. Je schärfer die Interessengegensätze in Deutschland geworden sind, und sie sind ja, darüber sind wir ja alle einig, sehr scharf geworden, um so mehr hat die Regierung die Pflicht, sich über den Parteien zu halten, das Ganze in's Auge zu fassen und auf das Ganze zu gehen. Ich erinnere mich, einer wirtschaftspolitischen Debatte in diesem hohen Hause beigewohnt zu haben, wo in sehr anschaulicher Weise geschildert wurde, wie sich die Wünsche der verschiedenen Interessenten widersprächen, wie die einen zum Zollkriege mit diesem oder jenem fremden Staate drängten, die andern himmelhoch bäten, um jeden Preis Zoll-

konflikten auszuweichen. Ich selbst erhalte jetzt jeden Tag eine Reihe von Briefen, von Eingaben, von Resolutionen, worin ich beispielsweise gebeten werde, einer Erhöhung der Getreidezölle zuzustimmen, und ich erhalte eine Reihe von Eingaben, von Briefen und von Resolutionen, worin ich aufgefordert werde, einer solchen Erhöhung mich zu widersetzen. Es geht eben wie in der Fabel vom alten Aesop, wo der Gärtner den Himmel um Regen bittet und der Löpfer um Sonnenschein. (Beifall.) Da bleibt einer verständigen Regierung nur übrig, gemeinsam mit der Volksvertretung, gemeinsam mit Ihnen, meine Herren, mit Ihrer Hilfe und Ihrer Unterstützung eine möglichst richtige und gerechte Diagonale zu finden (sehr richtig!), die verschiedenen Interessen abzuwägen, die sich widerstreitenden Interessen thöricht auszugleichen. Nicht nur das Zustandekommen eines verständigen Zolltarifs und das Zustandekommen guter Handelsverträge, sondern unsere ganze wirtschaftliche Zukunft hängt ab von einem solchen vertrauensvollen Zusammenwirken zwischen den Verbündeten Regierungen und dem hohen Hause im Geiste und gleichender Gerechtigkeit. (Beifall.) Daß, meine Herren, die Landwirtschaft als das wichtigste Gewerbe, als derjenige Produktionsstand, von dessen Blühen und Gedeihen die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Landes nach außen, seine innere Wohlfahrt und seine innere Gesundheit so wesentlich abhängen, daß die Landwirtschaft ein volles Anrecht hat auf die eifrigste Pflege und Förderung von Seiten der Regierung, davon bin ich allerdings durchdrungen. (Lebhafter Beifall rechts.) Auf eine solche Fürsorge hat die Landwirtschaft umso mehr ein Anrecht, als sie schwere und harte Zeiten durchgemacht hat, die noch nicht überwunden sind. (Sehr richtig! rechts.) Wir werden uns unserer Pflicht gegenüber der Landwirtschaft bei der Aufstellung des neuen Zolltarifs nicht entziehen. (Bravo! rechts.) Ich halte eine Erhöhung der Zollsätze für Getreide und insbesondere für Weizen und Roggen für unerlässlich. (Hört, hört! links.) Dieser Erhöhung ist eine Grenze gesetzt durch die gebotene Rücksichtnahme einerseits auf die Erhaltung und Leistungsfähigkeit und der Exportfähigkeit unserer Industrie, andererseits auch der Wahrung günstiger Lebensbedingungen für den deutschen Arbeiter (Zuruf von den Sozialdemokraten), gewiß, meine Herren, das deutsche Gewerbe, dessen Wohl den Verbündeten Regierungen und der Mehrheit dieses hohen Hauses gerade so sehr am Herzen liegt wie Ihnen (sehr richtig!) des deutschen Arbeiters, wie ich hinzufügen will, für den bei dem engen Zusammenhang zwischen Landwirtschaft und Industrie es von der allergrößten Bedeutung ist, daß sich alle Erwerbsstände in guter und gesunder Entwicklung befinden. (Sehr richtig!) Wenn nur die eine Hälfte prosperirt, die andere leidet, so muß schließlich das ganze leiden. Für den deutschen Arbeiter ist nicht das wichtigste, daß die Lebensmittelpreise das denkbar niedrigste Niveau erreichen (sehr richtig!), sondern daß sich alle Erwerbsstände in so gesunder und guter Entwicklung befinden, daß er immer Aussicht auf sichere und lohnende Arbeit hat. (Sehr richtig!) Ich sage also, das Ausmaß der Erhöhung der Zollsätze für Getreide muß besonders sorgfältig erfolgen. Mich heute auszusprechen über das Maß der Erhöhung ist mir nicht möglich. Es ist mir das aus dem einfachen Grund nicht möglich, weil noch keine Beschlußfassung des Bundesrats über die Zolltarifvorlage vorliegt und einer solchen Beschlußfassung vorzugreifen nicht meiner Auffassung von den Rechten und der Würde der Bundesregierung entsprechen würde. Was nun die weitere von dem Abg. Richter herabtriebene Erneuerung der Handelsverträge angeht, so werden auch diejenigen, die glauben, daß der Abschluß der Handelsverträge von 1892 Deutschland zum Segen gereicht hat, zugeben, daß diese Handelsverträge verbesserungsfähig und zu verbesserungsbefähigt sind. (Sehr richtig! rechts.) Die neuen Handelsverträge können doch nicht einfach eine Abschrift der alten Handelsverträge sein. Sie sollen den inzwischen eingetretenen Modifikationen Rechnung tragen, die inzwischen stattgehabten Verschiebungen und Veränderungen berücksichtigen, sie sollen uns ermöglichen, die Mängel, Fehler und Lücken, welche die früheren Handelsverträge wie alle menschliche Arbeit hatten, zu verbessern und zu beseitigen. Dann aber möchte ich mit aller Entschiedenheit betonen, daß es unser Wunsch und unsere Absicht ist, auf für uns annehmbarer Basis wieder zu Tarifverträgen mit anderen Staaten zu gelangen. Die Sicherheit, für eine gewisse Reihe von Jahren mit feststehenden Bedingungen für den Export rechnen zu können, ist nicht nur von großer Bedeutung für unsere gewaltige Industrie, nicht nur von eminenter Bedeutung für unsern in der Welt so mächtig und ehrenvoll aufstrebenden Handel, sondern auch für die Landwirtschaft. Unsere Produktion ist im Interesse der steigenden Wohlfahrt der Bevölkerung vielfach darauf angewiesen, für den Export zu arbeiten. Sie muß deshalb so sehr als irgend möglich gegen plötzliche Erhöhungen ihres Absatzes nach dem Auslande geschützt werden. Ich möchte noch eins sagen: Der Zweck der geplanten Tarifverträge würde für mich kein finanzieller sein. Wenn die voraussetzlichen Mehrerinnahmen aus den Zöllen beträchtlicher sein würden, würde ich vorschlagen, solche Mehrerinnahmen, speziel aus den Zöllen auf Lebensmittel, im wesentlichen zu verwenden zur Hebung der Wohlfahrtsbedingungen in dem Reiche und um Westen der weniger günstig gestellten Klassen. (Beifall.) Auch der Herr Abg. Richter wird mich hoffentlich zugeben, daß ich nicht zu den aufgeregten Leuten gehöre. Ich werde mich hüten und wir wollen uns auch auf wirtschaftlichem Gebiete gegenüber allen unsern Nachbarn hüten vor Lebensschafflichkeit und Kurzsichtigkeit, die, wenn sie zusammenkommen, immer Unheil anrichten. Wir wollen uns Niemanden zuliebe hürten lassen zu handelspolitischen coups de tête, deren Kosten nachher das Land zu tragen hätte. Unsere neue zollpolitische Gesetzgebung wird nur von nationalen und deutschen Gesichtspunkten inspirirt sein (Beifall), sie wird den berechtigten Forderungen aller am deutschen wirtschaftlichen Leben interessirten Faktoren Rechnung tragen, und nur das Wohl der Gesamtheit wird für uns maßgebend sein. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Klinckow (kons.) bemerkt: Wir brauchen unsere Landwirtschaft nicht zu Gunsten der russischen Landwirtschaft aufzugeben und brauchen uns vor Rußland nicht zu ängstigen. Es gibt außer Getreide noch mehr Dinge, wo wir Rußland entgegenkommen können.

Abg. Haffel (nat.-lib.) sagt, der Reichskanzler sei der Frage aus dem Wege gegangen, ob wir England gegenüber unsere Neutralität gewahrt hätten. Pflicht der Reichstagsabgeordneten sei es, der Stimmung des Volkes rückhaltlos Ausdruck zu geben und zwar der Alltagsstimmung, nicht derjenigen, wie sie der Kaiser bei Jagden und Denkmalsteinhüllungen zu sehen bekommt. Unsere Empfindungen sind nicht darum die schlechtesten weil sie wirklich deutsche sind.

Abg. Dertel (Sachsen) (kons.) sagt, wir können auch heute noch nicht verstehen, weshalb Präsident Krüger nicht empfangen wurde. Er kommt dann auf die Frage der Waffenlieferungen. Das Auswärtige Amt wäre die Interessen der Deutschen im Ausland nicht mit der nötigen Entschiedenheit. Die Firma Gebr. Mann u. Co. in Manila habe heute noch nicht ihre Forderungen durchsetzen können, die sie gegen die spanische Regierung hat. Unsere Beziehungen zu Rußland würden durch die so große Intimität mit England ungünstig beeinflusst. Unsere auswärtige Politik müsse sich nach dem Bismarck'schen Wort richten: Wir laufen niemand nach!

Staatssekretär Frhr. v. Richthofen erklärt: Es ist festgestellt worden, daß tatsächlich eine große Menge Kriegsmaterial

und Konerven nach England verschickt worden ist, aber kein einziger Staat hat bisher ein Ausfuhrverbot erlassen, auch nicht die burenfreundlichen Staaten Frankreich und Holland. Was wäre also der Effekt des Ausfuhrverbots gewesen? Nicht etwa, daß England weniger Material erhalten hätte, sondern nur, daß andere Staaten an England mehr geliefert hätten. Ein solches Ausfuhrverbot würde also der Industrie und bezüglich der Konerven auch der Landwirtschaft geschadet haben. Deshalb schloß sich die Regierung den anderen Staaten an und erließ kein Ausfuhrverbot. Die Interessen der Deutschen im Auslande sind durchaus gewahrt worden. Die Forderungen der Firma Gebr. Mann sind erfüllt bis auf die Zahlung von 210 M. Was den Schutz der Deutschen in Südafrika betrifft, so hat das Auswärtige Amt sein Möglichstes gethan, aber zahlreiche Deutsche haben nicht die Neutralität gewahrt, sondern die Waffen gegen die Engländer ergossen.

Abg. Heyl zu Herrnsheim (nat.-lib.) erklärt, die programmatische Kundgebung des Reichskanzlers fand in den weitesten Kreisen der deutschen Industrie und Arbeiterklasse lebhafteste Anerkennung. Wir sind nicht beunruhigt durch die Erklärungen des Reichskanzlers, sondern durch die Erklärungen Rußlands.

Abg. Graf Kanitz (kons.): Seit im Jahre 1891 der österreichische Handelsvertrag über den Kopf Rußlands abgeschlossen wurde, besteht eine gewisse Verstimmlung auf russischer Seite, man kann es daher den Russen nicht verargen, wenn sie künftig auf ihrer Hut sind.

Abg. Münch-Ferber (nat.-lib.) begründet seine Resolution, betreffend die Errichtung von Handelskammern im Auslande, sie wären ein Bindemittel der Deutschen. Redner bemängelt die Einrichtung und Ausstattung der Auslandsräte.

Abg. Sped (Centr.) dankt dem Reichskanzler namens seiner politischen Freunde, daß er die berechtigten Forderungen der deutschen Landwirtschaft anerkannt habe und bittet namens seiner bairischen Freunde um einen besonderen Zoll für Haber und Gerste. Dafür könne eine Ermäßigung des Zolles für Brodgetreide eintreten.

Staatssekretär v. Richthofen erklärt, daß unser Konsularsystem von den besten der ganzen Welt gehöre, dafür sprächen auch amerikanische Presstimmen, welche das amerikanische Konsularsystem nach dem deutschen umgeändert wissen wollen. Er siehe der Resolution Münch-Ferber freudig gegenüber. Die Thätigkeit der Handelskammern im Auslande scheine doch nicht so nöthig zu sein, wie Münch-Ferber es darstelle. Im allgemeinen dürften gut ausgebildete Attachés, deren Zahl noch vermehrt werden solle, allen Ansprüchen genügen.

In der weiteren Debatte beteiligten sich die Abgg. Sped, Münch-Ferber und Frese, sowie Staatssekretär v. Richthofen. Der Titel „Geheim des Staatssekretärs“ wird bewilligt und die Resolution Münch-Ferber an die Budgetkommission verwiesen.

(Telegraphischer Bericht.)

* Berlin, 6. März.

Am Bundesrathstische die Staatssekretäre v. Podbielski, Frhr. v. Richthofen, Tirpitz und Kolonialdirektor Stübel.

Die Vorlage verschließbarer Postabholungsstädter wird unverändert in dritter Lesung angenommen.

Es folgt Fortsetzung der Verathung des Etats des Auswärtigen.

Eine Reihe von Titeln wird ohne Debatte erledigt. Bei Titel Generalkonsulat wünscht Abg. Haffel (nat.-lib.) Berufsconsulate in Bolivien.

Staatssekretär v. Richthofen erwidert, es habe sich kein Bedürfnis für die Errichtung einer solchen diplomatischen Vertretung herausgestellt, aber in alternativer Zeit entsende man dorthin einen Berufsconsularbeamten.

Bei Titel: Konsulat in Moskau fragt Dertel (kons.) nach den Gründen, weshalb der Konsul v. Humboldt nach Alexandrien entsandt sei. Es gewinne den Anschein, als wenn die Verlegung mit der bekannten Antwort auf ein an ihn gerichtetes Schreiben zusammenhänge. Humboldt habe vollständig korrekt gehandelt, das müsse auch vom Reichstag anerkannt werden.

Staatssekretär v. Richthofen erklärt, die Verlegung Humboldt's stehe mit dem bekannten Vorfall in keiner Weise in Zusammenhang. Die Verlegung war bereits beschlossen, bevor von dieser Angelegenheit das Auswärtige Amt Kenntniß erhalten hatte. Humboldt ging auf seinen Wunsch in ein anderes Klima.

Abg. Müller (Sagan) mißbilligt das Verhalten Humboldt's.

Abg. Dertel (Sachsen) sagt: Er würde das Verfahren des Konsuls billigen, auch wenn es sich um industrielle Erzeugnisse handelte. Er bittet den Staatssekretär, zur Vermeidung von Mißverständnissen, seine Erklärungen aus der Kommission zu wiederholen.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 6. März.

Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin erwarteten für heute den Besuch Ihrer Hoheiten des Herzogs Ernst Günther von Schleswig-Holstein und Gemahlin, welche einige Tage bei Ihren königlichen Hoheiten verweilen wollten. Die Herzogin erkrankte aber in München und wurde die Reise der hohen Herrschaften bis Ende dieser Woche verschoben.

Seine königliche Hoheit der Großherzog ertheilte heute Vormittag mehreren Personen Privataudienz. Nachmittags und Abends hörte Höchstdieselbe die Vorträge des Geheimen Legationsraths Dr. Freiherrn von Babo und des Legationsraths Dr. Seyd.

Am späteren Abend findet ein Hofkonzert statt, zu welchem zahlreiche Einladungen ergangen sind.

G. (Großherzogliches Hoftheater.) Die letzte Aufführung von Loring's Oper „Undine“ bot sowohl vieles Erfreuliche, als leider auch manches Unerfreuliche. Ein so tief aus deutschem Gemüth geschöpftes Werk verdient wohl sicher in jeder einzelnen Figur tiefste Befestigung zu werden. Als ganz vortrefflich müssen wir die Verkörperung der Titelrolle durch Fräulein Glöckl bezeichnen. Auch Herr Bussard (Knappe) und Herr Jäger (Käseborn) wußten ihre Rollen sowohl gefanglich

als Kasperle in der ansprechendsten Weise durchzuführen. Zwei andere größere Rollen hingegen, die des Ritters Hugo und die des Kellners, konnten uns in keiner Beziehung befriedigen. Herr Kauli (Ritter) erachtet sich als Anhänger der Oberflächlichen Opernschule, wo man noch nicht wußte, daß der Sänger auch spielen muß; und Herr Schaarschmidt führt seine Rolle nur zirkusmäßige grotesk durch, was gerade hier, wo so viel selbständige Situationskomik in seiner Partie liegt, ganz unangebracht ist. Da diese schöne Werk „Andine“ nicht zum ersten Male in dieser halb unzulänglichen Form gebracht wurde, halten wir es für angemessen, auf diese des Werkes unwürdigen Mängel aufmerksam zu machen. Auch jene, die die Maschinen zu bedienen haben, könnten zu arbeitsamer Aufmerksamkeit anhalten werden, denn zu früh bewirktes Aufsteigen der Dekorations hätte gehen leicht ein ernstliches Unfälle Fräulein Wodke's herbeiführen können und wirkte durchaus nicht sinngemäß.

Größherzogliches Konservatorium für Musik. Das 10. Vorspiel (Vorbereitungsklassen) wurde gestern, Dienstag den 5. März, Abends halb 7 Uhr, im Konzertsaal veranstaltet. Das nächste Vorspiel (Klassifikation) findet Dienstag den 12. März, Abends halb 7 Uhr, im Konzertsaal der Anstalt statt.

Neue Freiburger Anleihe. Ein Teilbetrag der jüngst von einem Konsortium übernommenen drei Millionen Mark 4 Proz. Freiburger Stadtanleihe gelangt Anfang der nächsten Woche zur öffentlichen Subskription.

B.N. Heidelberg, 5. März. Gestern Nachmittag fanden die Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Geh. Hofrat Professor Dr. Erdmannsdorffer statt. Um 3 Uhr versammelten sich in der Aula der Universität der akademische Lehrkörper, die Studentenchaft, die Speyer der Militär- und Zivilbehörden und zahlreiche Freunde und Verehrer des Dahingewesenen zur akademischen Trauerfeier. Als Vertreter Ihrer Königlichen Hoheit des Großherzogs und der Großherzogin war Geh. Legationsrat Frhr. v. Babo, als Vertreter der Großh. Regierung Geh. Rath Dr. v. Nusperger aus Karlsruhe erschienen. Statthalter Schwarz hielt die Trauerrede. In einer Gedächtnisrede würdigte darauf Herr Professor Dietrich Schäfer die Thätigkeit des Dahingewesenen, sein Wirken als Lehrer und seine literarischen Arbeiten. Mit warmen Worten der Anerkennung für die dem badischen Lande geleisteten Dienste legte namens der Großherzoglichen Herrschaften zunächst Geh. Legationsrat Frhr. v. Babo einen Kranz nieder; diesem folgte Geh. Bergamont Rosenbusch namens der Universität Heidelberg, Professor Domaszewski namens der philologischen Fakultät, Geh. Rath v. Weich aus Karlsruhe als Vertreter der Badischen Historischen Kommission, Professor Schäfer im Auftrag der Historischen Kommission der Königl. Akademie der Wissenschaften in München, die Stadt Heidelberg, die nationalliberale Partei u. a. Unter den Klängen der Militärfeldkapelle wurden die sterblichen Überreste zu Grabe geleitet.

Waden, 5. März. Unter dem Vorsitze des Herrn Stadtraths A. Klein fand gestern Abend die Generalversammlung des Gewerbevereins und Handwerkerbundes in Waden statt. Der Vorsitzende und der Schriftführer erstatteten Bericht über das Wirken des Vereins im abgelaufenen Jahre. Nach dem vom Herrn Kassier, Fabrikant G. Müller, erstatteten Kassenbericht darf der Stand der Finanzen ein günstiger genannt werden, denn die Rechnung ergab noch einen Ueberschuß; hauptsächlich ist dies dem Umstand zu danken, daß der Stadtrath dem Verein einen Beitrag von 500 M. leistete und auch die Vorkaufsbank einen Beitrag von 200 M. bewilligt hat. Bei den stattgehabten Neuwahlen wurden sämtliche ausstehenden Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Nach Erledigung verschiedener anderer Vereinsangelegenheiten wurde sodann die Versammlung kurz nach 12 Uhr geschlossen.

B.N. Wahn, 5. März. Die Rechnung des ersten deutschen Reichswaisenhauses hier ergab für das Jahr 1906 folgendes Bild: Summe aller Einnahmen 52 146 M., die Ausgaben betragen 52 142 M. Das Gesamtvermögen beträgt 698 287 M. Dasselbe weist gegen das Vorjahr eine Vermehrung von 5 755 M. auf. Am Schluß des Jahres 1906 waren 31 Waisenkinder im Hause in Pflege und Erziehung.

Bärmizenen im englischen Unterhause.

(Telegramm.)

London, 6. März. Beim Schluß der heutigen Sitzung nach Mitternacht kam es im Unterhause zu heftigen Kämpfen zwischen den Parteien. Im Laufe des Abends wurde über die Bewilligung des Antrags von 17 Millionen Pfund beraten. Balfour beantragte Schluß der Debatte, der Antrag wird unter lärmenden Zwischenrufen mit 220 gegen 117 Stimmen angenommen. Als der Kredit selbst zur Abstimmung gelangen sollte, weigerten sich mehrere Nationalisten den Sitzungssaal zu verlassen, um in gewohnter Weise ihre Stimmen abzugeben. Der Sprecher wies darauf hin, daß die Mitglieder, welche sich weigern abzustimmen, gegen die Geschäftsordnung des Hauses verstößen. Er rief die betreffenden elf Mitglieder zur Ordnung. Balfour beantragte hierauf, daß die zur Ordnung gerufenen Mitglieder von der Sitzung ausgeschlossen werden. Der Antrag, von allen Seiten des Hauses, die Irländer ausgenommen, mit großem Beifall begrüßt, wurde sofort angenommen. Der Sprecher forderte nun die zur Ordnung gerufenen Mitglieder auf, den Saal zu verlassen. Diese weigerten sich. Ein Sergeant an Arms trat zu einem derselben vor, doch dieser weigerte sich, seinen Sitz zu verlassen. Vielmehr zum ersten Male seit Bestehen des Hauses mußte Gewalt angewendet werden, um ein Mitglied hinaus zu beschleichen. Die Angehörigen des Hauses versuchten dann zunächst eines der Mitglieder fortzuschaffen, doch gelang ihnen dieses nicht. Es wurden nun Polizeibeamte herbeigerufen, die ihn gewaltsam von seinem Sitze zerrten und den sich verweigerten Wehrenden aus dem Saale trugen. Der Auftritt machte auf allen Seiten des Hauses einen peinlichen Eindruck. (Rufe: Es ist eine Schande!) Eines der irischen Mitglieder schrie: „Wir sind völlig entschlossen, Widerstand zu leisten.“ Der Sprecher rief dann jedes der gemahregelten Mitglieder namentlich auf, worauf Polizeibeamte in den Sitzungssaal traten und die betreffenden einen nach dem andern hinausstrugen. Diese setzten sich verzweifelt zur Wehr. Einer derselben schrie: „Gott beschütze Irland, während er hinausgetragen wurde, worauf die irischen Mitglieder sich von ihren Sitzen erhoben und sangen: Gott schütze Irland, während sie gleichzeitig die Hüte schwenkten. Als die widerspenstigen Mitglieder des Hauses alle aus dem Saal entfernt waren, wurde die Kreditvorlage angenommen; das Haus vertagte sich dann.

England und Transvaal.

Das englische Oberkommando.

(Telegramm.)

London, 5. März. Oberhaus. Northbrooke nimmt die Debatte über die Heeresvermehrung wieder auf. Redner behauptet den persönlichen Angriff des Marquis of Lansdowne auf Wolseley. Er hoffe, die Beratung werde

keine Veränderung herbeiführen, wodurch die von Wolseley hervor-
gehobenen anormalen Verhältnisse beseitigt würden.

Chelmsford sagt, er habe mit Ueberraschung die Entschärfung und Entzweiung Lansdowne's angehört, sowie den Angriff auf Wolseley, denn Lansdowne wußte, daß Wolseley auf die Anklagen nichts antworten könnte.

Dunraven führt aus, wenn die Anklagen begründet seien, ginge aus ihnen hervor, daß Wolseley unüblich den südafrikanischen Krieg verlängerte und für viele Schläge verantwortlich sei, aber, sagt der Redner hinzu, schäme nicht General Buller den Bedarf auf 100 000 Mann?

Lansdowne unterbricht den Redner und bemerkt, es sei keine solche Erklärung abgegeben worden.

Spencer sagt, er sehe es für ein Unglück an, daß man die Geheimnisse des Kriegesamtes zu Zeiten der Kritik aufdecke. Er sehe nicht ein, daß der Oberbefehlshaber bei dem gegenwärtigen System in seinem nützlichen Wirken beeinträchtigt werde. Das System stelle gegenüber dem Parlamente die Verantwortlichkeit des Kriegesekretärs auf, schäme aber nicht im geringsten die Autorität des Stabskommandierenden oder die Schlagsfertigkeit des Heeres.

Hierauf ergreift der Herzog von Devonshire das Wort. Er beklagt namens der Regierung, daß Wolseley's Kritiken zu allgemein gehalten seien und verteidigt das Vorhaben Lansdowne's, in dem keinerlei persönliche Angriffe auf Wolseley enthalten gewesen. Lansdowne habe aber die Herausforderung angenommen, auf die zu antworten für Wolseley angemessen gewesen wäre. Ferner weist der Herzog von Devonshire darauf hin, daß er in keinem civilisirten Lande eine Parallele in der militärischen Organisation finde für die Stellung, die Wolseley dem Oberkommandierenden zu geben beabsichtige. In Frankreich sei kein Beamter in der Stellung eines Oberkommandierenden auf dem die ganze Verantwortung für die Armee ruhe. In Deutschland gäbe es einen Oberkommandierenden der Armee, aber das sei der Kaiser. Dieser befinde sich nicht in einer Stellung, worin Wolseley den Oberkommandierenden sehen möchte. Es würde ein großer Fehler sein, zu einem allgemein verurteilten System zurückzukehren.

Kolbe rechnet Wolseley's Rede als von dem patriotischen Bewußtsein ausgehend, die Aufmerksamkeit auf die Mängel des bestehenden Systems hinzuweisen und tadelt scharf Lansdowne's Antwort, die keine Beziehung zu dem eigentlichen Streitpunkte hatte, bei dem es sich darum handelte, ob das bestehende System gut funktioniere. Der Redner beantragt die Einsetzung eines parlamentarischen Ausschusses, der die geheimen Sitzungen mit dem Staatssekretär und mit Beamten der Kriegs- und Marineverwaltung prüfen solle, was thatsächlich für Mängel im Kriegs- und Marinewesen vorhanden wären.

Salisbury verteidigt gleichfalls Lansdowne's Antwort auf Wolseley's Kritik, bemerkt jedoch, daß kein persönlicher Angriff auf Wolseley beabsichtigt war. Der Premierminister hebt hervor, die britische Armee unterliege der parlamentarischen Kontrolle, daher weise das englische System vor dem aller andern Länder ab. Man müsse sich den bestehenden Verhältnissen anpassen. Der Erfolg des englischen militärischen Systems sei lediglich durch die Tüchtigkeit, Stärke und die ausgezeichneten Eigenschaften der Mannschaften erreicht.

Wolseley ergreift das Wort. Er spricht das schmerzlich Bedauern über Lansdowne's Antwort aus und legt dar, daß eine von Lansdowne erwähnte Denkschrift auf Anweisung Salisbury's verfaßt wurde. Er bittet das Haus, mit seinem Urtheile zurückzuhalten, da er bei einer späteren Gelegenheit die Aufmerksamkeit auf die gegen ihn erhobenen Anklagen lenken dürfte.

Die Beratung wurde sodann geschlossen.

London, 5. März. Nach Mittheilung des Kriegs-
amts belaufen sich die Gesamtverluste in Süd-
afrika während des Monats Februar einschließlich der
Invaliden und nach Hause gefandenen Mannschaften auf
95 Offiziere und 2 274 Mann. Seit Beginn des Krieges
sind in Südafrika im ganzen gefallen 664 Offi-
ziers und 13 137 Mann. Die Gesamtzahl der
Verluste ausschließlich der Invaliden, die sich wieder er-
holt haben, beläuft sich auf 685 Offiziere und 16 174
Mann.

Bloemfontein, 6. März. Gouverneur Milner
ist am 2. d. M. hier eingetroffen und gestern mit
Rittmeier nach Norden abgegangen. — 15 Wagen mit
flüchtigen Büren sind aus Tlabanhu angekommen.

Die Vorgänge in China.

(Telegramme.)

Berlin, 5. März. Graf Waldersee ordnete die
Belegung von Changping (35 Kilometer nördlich von
Peking), wo noch Räuber und Boxer thätig sein sollen,
mit der 4. Kompanie Regiments II. und einem Zuge
berittener Infanterie an.

London, 6. März. Japan schloß sich den anderen
Mächten außer Rußland und Frankreich an, welche China
vor der Unzweckmäßigkeit besonderer Abmachungen
mit einzelnen Staaten warnten. Hierüber hinaus that
jedoch Japan keinen Schritt. Es ist aber von Japan
darauf hingewiesen worden, daß, falls China nach dieser
Warnung auf einer beratigen Politik bestehen sollte, es
sich gefaßt machen müsse, daß die übrigen Mächte Vor-
theile gleichwertiger Art verlangen würden.

Neuere Nachrichten und Telegramme.

Selgoland, 6. März. Das Panzerschiff „Kaiser
Wilhelm II.“ ist nach Bremerhaven abgegangen, von
wo die Weiterfahrt seiner Majestät des Kaisers mit
Sonderzug nach Bremen erfolgt.

Berlin, 6. März. Der Entwurf eines Unfallfür-
sorgegesetzes für Beamte und Personen des Soldaten-
standes ist gestern dem Reichstage zugegangen.

Darmstadt, 6. März. Seine königliche Hoheit
der Großherzog empfing heute den neuen russischen
Ministerpräsidenten in feierlicher Antrittsaudienz.

Darmstadt, 6. März. Die Zweite Kammer setzte
heute die Budgetberatung fort. Von Seiten der
Regierung war die Erklärung abgegeben worden, daß sie
sich gegenüber der Bewilligung von Diäten für die in

Darmstadt wohnenden Landtagsabgeordneten und von
Freikarten für Eisenbahnfahrten für diese Abgeord-
neten ablehnend verhalte, da sie den Standpunkt ver-
trete, daß nur der Kostenaufwand und kein Zeitaufwand
zu vergüten sei. Nachdem sowohl Staatsminister Rothke,
sowie verschiedene Abgeordnete die Thätigkeit des heftigen
Gesandten in Berlin besonders anerkennd hervorgehoben
hatten, wurde der Posten für Auswärtige und Bundes-
angelegenheiten anstandslos bewilligt. Auch der Abg.
Köhler hatte erklärt, daß sein bekannter Antrag nicht
gegen die Person des Gesandten gerichtet gewesen sei.
Er habe seinen Antrag nunmehr dahin abgeändert, daß
die Regierung zu eruchen sei, ihre Bundesratsbevoll-
mächtigten anzuweisen, alsbald im Bundesrathe die Ge-
währung von Anwesenheitsgeldern für die Reichs-
tagsabgeordneten zu beantragen. Der Antrag wurde
von einer großen Anzahl von Abgeordneten unterstützt.

Stuttgart, 6. März. In der gestrigen Sitzung
der Finanzkommission wurde mitgetheilt, daß die Ein-
berufung desselben Landtages auf den 20. März
erfolgt.

München, 6. März. Seine königliche Hoheit der Prinz-
Regent begnadigte anlässlich seines 80. Geburtstages etwa
1000 Personen, darunter 5 zum Tode Verurtheilte.

Wien, 6. März. Im Abgeordnetenhaus wurde
gestern nach erregten Szenen die Vorlage betreffend das
Rekrutenkontingent dem Wehrausschuß über-
wiesen.

Amsterdam, 6. März. Ihre Majestät die Kö-
nigin und Prinz Heinrich der Niederlande sind
gestern hier eingetroffen und am Bahnhof von den Behörden
empfangen worden.

Kopenhagen, 6. März. Der neue deutsche Ge-
sandte Graf Leyden ist heute von Seiner Majestät
dem König in feierlicher Audienz empfangen worden.

Paris, 5. März. Senat. Das Haus setzt die Beratung
der Vorlage betreffend die Einfuhrzölle für Getreide
und Mehl fort. Voger tritt für die Vorlage ein
und betont, welche Erfolge das gleiche System in
Deutschland gehabt habe. Er bittet den Senat, für die
Landwirthschaft einzutreten. Hierauf wird die Sitzung ge-
schlossen.

Marseille, 6. März. Gestern Abend fand eine Versamm-
lung von etwa 600 Kaufleuten und Industriellen statt, in
welcher mehrere Industriellen erklärten, daß sie, falls der Streik
der Hafenarbeiter fortwähren sollte, infolge Mangels an Roh-
materialien sich genöthigt sehen würden, ihre Fabriken zu
schließen.

London, 6. März. Wie die „Times“ meldet, hat der von
Seiner Majestät dem König ernannte Ausschuss sich dahin aus-
gesprochen, daß in der Nachbarschaft der Westminster-
brücke oder des Buckinghampalastes ein Gedächtnisdenkmal
errichtet werde, dessen Hauptbestandtheil die Statue der Königin
Victoria sein soll.

Madrid, 6. März. Sagasta hat die Neubil-
dung des Kabinetts übernommen.

Berschiedenes.

Zürich, 6. März. (Telegr.) Im Traverssthal hat
sich plötzlich infolge des anhaltenden Regens die gefährliche
Erdbewegung wieder gezeigt, und zwar in der Richtung
gegen Nottal. Bei Fontanelle erfolgte ein großer
Bergsturz, der die Straße und das Bett des Theresien-
baches verschüttete.

Frun, 6. März. (Telegr.) Bei einer Dynamitexplo-
sion im hiesigen Zollamt wurden zehn Menschen getödtet
und zwanzig Personen, darunter fünf schwer, verwundet. Die
Explosion ist dadurch hervorgerufen worden, daß die Zollwächter
eine Dynamitkiste öffnen wollten. Die Magazine enthielten 34
Kisten mit über 3 100 kg Dynamitpatronen und 7 Kisten mit
630 kg Pulver.

Großherzogliches Hoftheater.

Spielplan.

Im Hoftheater Karlsruhe.

Donnerstag, 7. März. Abts. B. 41. Ab.-Vorst. (Kleine
Preise) Wegen Erkrankung von Heinrich Reiff statt „Der
Großtaufmann“: „Der Fremde“, Schelmenspiel in 1 Akt
von Frh. v. Schönbach. — „Frau Königin“, Spiel in 2 Akten
von Franz v. Schönbach und Franz v. Koppel-Elsfeld. Anfang
7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

NB. Die zum „Großtaufmann“ gelassen Eintrittskarten
mit der Aufschrift Abts. B. 41. Ab.-Vorst. sind nur zu der jetzt
angegebenen Aufführung von „Der Fremde“ und „Frau Königin“
angesehen und sind daher, wenn sie zu dieser Vorstellung nicht be-
nützt werden wollen, bis längstens Mittwoch den 6. d. M.,
Mittags 1 Uhr, an der Kasse zurückzugeben.

Wetterbericht des Centralbureaus für Meteorologie u. Hyd. v. 6. März 1901.

Die Luftdruckvertheilung ist im wesentlichen die gleiche wie
am Vortage. Hoher Druck liegt über Südfrankreich und zieht
sich von da aus in Zungenform bis Süddeutschland herein,
während nördlich von Schottland noch eine ziemlich tiefe De-
pression lagert. Eine Rinne niedrigen Druckes ist in Beglei-
tung von Nebenebenen heute Nacht über Mitteleuropa hinwegge-
gangen, am Morgen war sie über dem östlichen Deutschland zu
erkennen. In Deutschland hat es, wohl aber nur vorübergehend,
stellenweise aufgefällt, meist ist es aber unbedeutend. Das rasche
Fallen des Barometers läßt erkennen, daß sich die De-
pression oder ein Tiefminimum nähert; es ist deshalb un-
ruhiges und etwas wärmeres Wetter mit Niederschlägen zu er-
warten.

Witterungsbeobachtungen der Meteor. Station Karlsruhe.

	Barom. mm	Therm. in C.	Nebel. Beob. in mm	Feuchtig- keit in Proz.	Wind	Witterung
März						
5. Nachts 9 ⁰⁰ U.	747.4	8.7	7.1	86	SW	bedeckt
6. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	753.3	8.8	4.2	70	"	"
6. Mittags 2 ⁰⁰ U.	748.0	8.6	4.1	50	"	"

Höchste Temperatur am 6. März: 10.0; niedrigste in der
darauf folgenden Nacht: 3.6.

Niederschlagsmenge des 5. März: 2.2 mm.

Wasserstand des Rheins. Wagan, 6. März: 4.06 m,
gefallen 4 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raj in Karlsruhe.

Hamburg-Bremer Feuerversicherungs-Gesellschaft

in Hamburg.

Übersicht des Geschäfts im 46. Verwaltungsjahr 1900.

A. Gewinn- und Verlust-Berechnung.

Einnahme:		Ausgabe:	
	M.		M.
1. Ueberträge aus dem Vorjahre		1. Schäden, einschl. Kosten, aus den Vor-	
a. Prämien-Reserve	3,150,000 00	jahren, abzüglich des Anteils der Rück-	
b. Schaden-Reserve	760,337 00	versicherer:	
c. Gewinn-Vortrag	5,919 70	a. gezahlt	
d. Reserve f. Unterhaltung des Hauses		Feuerversicherung M. 470,494.85	471,312 49
in Hamburg	10,000 00	Einbruchsdiebst.-Verf. " 817.64	
e. Cours-Reserve	16,851 54	b. zurückgestellt	
2. Prämien-Einnahme (abzgl. d. Risikopr.)		Feuerversicherung M. 91,768.00	91,768 00
für versicherte		Einbruchsdiebst.-Verf. " —	
M. 2,885,801,651 Feuerversicherung,		2. Schäden, einschl. Kosten, im Rech-	
25,192,261 Einbruchsdiebst.-Verf.,		nungsjahre, abzüglich des Anteils der	
Feuerversicherung M. 9,964,268.39		Rückversicherer	
Einbruchsdiebst.-Verf. " 37,761.65	10,002,030 04	a. gezahlt	
3. Nebenleistungen der Versicherten an die		Feuerversicherung M. 3,812,116.26	3,814,928 20
Gesellschaft		Einbruchsdiebst.-Verf. " 2,811.94	
Feuerversicherung M. 39,514.84		b. zurückgestellt	
Einbruchsdiebst.-Verf. " 549.65	40,064 52	Feuerversicherung M. 503,530.00	504,750 00
4. a. Zinsen	314,155 52	Einbruchsdiebst.-Verf. " 1,220.00	
b. Mietserträge	27,666 66	3. Rückversicherungs-Prämien	
5. Coursgewinne aus verkauften Wert-		Feuerversicherung M. 2,966,706.87	2,970,213 36
papieren	19,160 11	Einbruchsdiebst.-Verf. " 3,506.49	
6. a. Umschreibungsgebühr für Actien	337 50	4. Provisionen, abzgl. des von den Rück-	
b. Gewinn auf fremde Valuten	25,484 30	versicherern erhalteten Anteils	
c. Eingänge auf bereits weggeschriebene		Feuerversicherung M. 1,402,868.64	1,410,916 20
Ausstände bei General-Agenten	3,156 00	Einbruchsdiebst.-Verf. " 8,047.56	
d. vom Dividenden-Reservefonds ent-		5. Steuern und öffentliche Abgaben	
nommen	233,617 33	Feuerversicherung M. 169,937.55	169,963 21
		Einbruchsdiebst.-Verf. " 25.66	
		6. Verwaltungsstellen	
		Feuerversicherung M. 936,751.00	937,498 90
		Einbruchsdiebst.-Verf. " 747.90	
		7. Freiwillige Leistungen zu gemeinnützigen	
		Zwecken, insbesondere für das Feuer-	
		löschwesen	5,859 69
		8. a. Abschreibung auf Mobilien	11,518 41
		b. Abschreibung auf Ausstände bei	
		General-Agenten, bezw. Agenten	1,840 13
		9. Cours-Verlust auf Wertpapiere. vacat	
		10. Prämien-Reserve	
		Feuerversicherung M. 3,730,000.00	3,760,000 00
		Einbruchsdiebst.-Verf. " 30,000.00	
		11. a. Cours-Reserve	16,093 43
		b. Reserve für Unterhaltung des Hauses	
		in Hamburg	10,000 00
		c. Reserve für Unterhaltung des Hauses	
		in Berlin	3,000 00
		12. a. Zinsen	47,946 00
		b. Haus-Unkosten	24,036 59
		c. Coursverlust nach § 261 des Handels-	
		gesetzbuches	758 11
		13. Ueberprüf. zu verwenden wie folgt:	
		1. a. d. Capital-Reservefonds vacat	
		2. Antidote n. §§ 34 u. 38 M. 39,127.50	
		3. Dividende nach § 17 " 317,250.00	
		4. an die Versicherten " vacat	
		5. Gewinn-Vortrag " vacat	356,377 50
	M. 14,608,780 22		M. 14,608,780 22

Activa.

B. Bilanz am 31. Dezember 1900.

Passiva.

Activa		Passiva	
	M.		M.
1. Wechsel der Aktionäre		1. Actien-Capital	7,050,000 00
2. Grundbesitz der Gesellschaft		2. Capital-Reserve	705,000 00
a. Haus in Berlin M. 660,073.11		3. a. Dividenden-Reservefonds	471,382 67
b. Haus in Hamburg " 259,000.00		b. Beamten-Unterstützungsfonds	258,414 28
M. 919,073.11		c. Ref. f. Unterh. des Hauses in	
ab: darauf haftende		Hamburg	10,000 00
Hypotheken M. 100,000.00	819,073 11	d. Ref. f. Unterh. des Hauses in	
3. Hypotheken	220,000 00	Berlin	3,000 00
4. Darlehen auf Wertpapiere vacat		e. Cours-Reserve	16,093 43
5. Wertpapiere nach Maßgabe des		4. Schaden-Reserve	
§ 261 des Handelsgesetzbuches	6,663,914 00	Feuerversicherung M. 595,298.00	596,518 00
6. Wechsel im Portefeuille	6,265,382 31	Einbruchsdiebst.-V. " 1,220.00	
7. Guthaben bei Bankhäusern	80,672 34	5. Prämien Reserve	
8. Guthaben bei anderen Versiche-	413,735 41	Feuerversicherung M. 3,730,000.00	3,760,000 00
rungs-Gesellschaften	264,703 06	Einbruchsdiebst.-V. " 30,000.00	
9. Zinsforderungen	77,521 00	6. Gewinn-Reserve d. Verf. vacat	
10. Ausstände bei General-Agenten		7. Guthaben and. Versch. Anstalten	
bezw. Agenten	1,333,693 97	a. Hambg.-Br. Allgem. R.-V.-G.	464 076 49
11. Rückstände der Versicherten	35,977 33	b. Andere Versch.-Gesellschaft n	728,254 41
12. Caffee	5,732 53	8. Baarcautionen " vacat	
13. Mobilien M. 11,518.41	1 00	9. Agenturen	37,375 28
Abichreibung " 11,518.41		10. Zu verteilender Ueberprüf.	356,377 50
14. Sonstige Activa vacat			
	M. 14,451,492 06		M. 14,451,492 06

Der Coupon Nr. 46 für das Jahr 1900 kommt vom 4. d. Mts. ab mit M. 67.50 bei den Kassen der Gesellschaft zur Einlösung. Hamburg, den 2. März 1901.

Der Vorsitzende des Aufsichtsraths:
Fr. L. Loesener.

Der Vorstand:
E. v. Dorrien.

Waldhotel Villingen.

Gesellschaft mit beschr. Haftung.

Wir beehren uns hiermit unsere Gesellschaftler zu der am

Freitag den 15. März 1901

Nachmittags 4 1/2 Uhr

im Nebenzimmer des Gasthauses zum Falken in Villingen stattfindenden

jährlichen ordentlichen Versammlung der Gesellschaftler erg. einzuladen.

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Bilanz.
2. Erhöhung des Stammkapitals.
3. Entlastung der Geschäftsführer.
4. Wahl eines Rechnungsprüfungsausschusses für das Jahr 1901.

Villingen, den 5. März 1901.

Der Verwaltungsrath:

Oberle. Heilmann.

Rathschreibergehilfenstelle.

Für Stelle eines Rathschreibergehilfen, welcher vollständig mit der Grund- und Pfandbuchführung vertraut sein muß, ist sofort zu besetzen.

Anfangsgehalt 900 Mark pro Jahr.

Etwa sich bewerbende Militärwärter haben das Vorrecht.

Gemeinderath Eberbach.

Dr. Weiß. [5652,2]

570,1. A. h. e. n. Auf 1. April

d. J. ist bei dem unterfertigten Notariat

eine Schreibgehilfenstelle mit einem

Jahresgehalt von 600 M. zu besetzen.

Gelegene Bewerber wollen sich unter

Vorlage von Zeugnissen alsbald melden.

A. h. e. n. den 1. März 1901.

Großh. Notariat II.

Dr. L. Reim. [570,2]

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe,

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Die verehrlichen Mitglieder werden zu der am Dienstag den 12. März, Abends 6 1/2 Uhr, im großen Saale der Gesellschaft Eintracht stattfindenden

ordentlichen Generalversammlung

ergebnis eingeladen.

Tagesordnung:

1. Wahl zur Erneuerung des Aufsichtsraths.
2. Rechenschaftsbericht für 1900, Beschlussfassung über die Verrechnung der Erträge, Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsraths.

Die Wahlhandlung beginnt mit der Eröffnung der Generalversammlung und dauert während der ganzen Verhandlung.

Zur Controle für die Abstimmung sind die Legitimationskarten beim Eingang in den Saal an das daselbst aufgestellte Aufsichtspersonal abzugeben, wozu eine Mitgliedskarte zur Abstimmung für die Wahl des Aufsichtsraths vorzulegen ist. Die Legitimationskarten sind Tags darauf oder beim Empfang der Dividende im Geschäftslokal des Vereins wieder abzuholen. Der Eintritt ist nur den Mitgliedern des Vereins gegen Vorzeigen der in ihrem

besitz befindlichen braunen Legitimationskarte gestattet.

Die Rechnungsbuchungen nebst Bilanz können im Geschäftslokal des Vereins, Jägerstraße 45, und in den Vereinsläden in Empfang genommen werden.

Karlsruhe, den 3. März 1901.

5683.1

Der Aufsichtsrath des Lebensbedürfnisvereins Karlsruhe,

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

K. Kirsch, Vorsitzender.

Prinz Wilhelm-Denkmal in Karlsruhe.

Beiträge sind seit unserer letzten Veröffentlichung vom 5. November 1900 eingegangen:

1. Bei der Bad. Bank Mannheim-Karlsruhe: Von den Herren

Generalk. Frhr. Roeder v. Diersburg in Straßburg 100 M., A. S. hier 1 M.

Summa 101 M. Dazu lt. voriger Anmeldung 4966 M. 50 Pf., zusammen

5067 M. 50 Pf.

2. Bei der Rhein. Creditbank Mannheim-Karlsruhe: Von den

Herren Emil Widmann hier 30 M., Mitgliedern der Freiwill. Feuerwehr (durch

Herrn Oberbürgermeister Schneyler) 50 M., F. Schlin, Hoflieferant hier 10 M.

Summa 100 M. Dazu lt. voriger Anmeldung 6564 M. auf. 6664 M.

3. Beim Bankhaus Cb. Koele hier: Ungenannt 3 M., Ungenannt

5 M., F. R. 2 M., Militärverein Solden b. Freiburg 5 M. Summa 15 M.

Dazu lt. voriger Anmeldung 1372 M., zusammen 1387 M.

4. Beim Schatzmeister, Herrn Rechnungsrath Martini hier: Durch

das Bankhaus Veit v. Homburger: von R. D. 5 M., einem dankbaren Diener

des Hauses des hochsel. Prinzen 5 M. (10 M.); von den Herren Hauptm. a. D.

Dähmig in Baden-Baden 10 M., durch Frhr. v. Rüd. von Frhrn. Wiltz, von

Selbened 50 M., durch Herrn Hofkammerath Krämer von Herrn Hofmeister

Hamm hier 5 M., von den Herren Hutfabrikant Wodner hier 3 M., Haupt-

mann hier 5 M., Ostl. Oberst, Weiskraatengeschäft hier 5 M.,

Rudv. Bastian, Leutn. der Landw. in Eudingen 50 M., durch Herrn Regie-

rath Selbner von Herrn Walz hier 100 M., Paul Kriesche in Stein-

hausen (Wiedensburg) 3 M., A. Fuhr, Pianist hier 3 M., Oberleutn. Engler,

Stodach 10 M., Oberst Wöhrand gen. v. Forst hier 25 M., Karl Schir-

meister in Bergheim 1 M., durch Herrn Generalleutn. Hofmann von Fein-

Blantenborn hier 40 M., durch Frhr. A. v. Rüd. von Ungenannt 100 M.,

ferner von hiesigen und auswärtigen Vereinen des Badischen Militärvereins-

verbandes, wie solche seit unserer letzten Bekanntmachung in den Militär-

vereinsblättern Nr. 47, 49, 51 pro 1900 und 1, 4, 6, 8 und 10 pro 1901

einzelnen aufgeführt, weitere 1285 M. 62 Pf. Summa 1705 M. 62 Pf. Dazu

laut voriger Anmeldung 16,354 M. 35 Pf., zusammen 18,059 M. 97 Pf.

Im Ganzen bis heute eingegangen: 31,178 M. 47 Pf.

Wir danken herzlich für diese Gaben und bitten um weitere Zuwendungen.

Außer den vorgenannten Sammelstellen nimmt auch das Bankhaus

Kapferer in Freiburg i. B. Beiträge für das Prinz Wilhelm-Denkmal

entgegen.

Karlsruhe, den 4. März 1901.

5657

Das Comité für Errichtung eines Prinz Wilhelm-Denkmal.

Museum Karlsruhe.

Den geehrten Damen der Gesellschaft zur Kenntnissnahme, daß im

II. Stock das Zimmer neben dem großen Saal als „Les- und Schreib-

zimmer für Damen“ eingerichtet wurde.

5682.2.1.

Der Vorstand.

Hypothekengelder

zur ersten Stelle sind per sofort zu vergeben

5681.2.1. durch

Wilhelm Förster,

Freiburg i. Br.

Bankgeschäft für Hypotheken.

Freitag den 8. März, Abends 7 1/2 Uhr, im Museum-Saal:

CONCERT

des

Quartett Udel

aus Wien.

Victor Keldorfer, I. Tenor;

Prof. Carl Udel, II. Tenor;

Ferd. Hörbeder, I. Bass;

Eugen Weiss, II. Bass.

Klavierbegleitung:

Herr Jul. Zajicek.

Eintrittskarten: Saal Mk. 3.—

und Mk. 2.—; Gallerie Mk. 1.50

und Mk. 1.— in der Musikalien-

handlung von Fr. Doert

Abends an der Kasse. H 658.2

Bermischte Bekanntmachungen.

5702. Karlsruhe.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Die am 1. März 1901 zur Eröffnung

gekommene Station Straßburg (Rhein-

hafen) ist vom gleichen Tage ab in

das Netz 5 des Gütertarifs für den

süddeutschen Eisenbahnverband (Ver-

kehr Baden Reichsbahn) aufgenommen

worden. Für die neue Station gelten

die gleichen Tarifentfernungen und

Frachtsätze (einschl. der Ausnahme-

tariffe) wie für Station Straßburg

(Centralbahnhof).

Der Verkehr der Station Straßburg

(Rheinhafen) ist bis auf Weiteres auf

die Abfertigung von Wagenladungen

beschränkt, deren Bereitstellung auf den

Waggon des sächsischen Hofengeländes

oder den mit diesen verbundenen An-

schlußgleisen erfolgt.

Karlsruhe, den 5. März 1901.

Großh. Generaldirektion.